



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

PLANUNGSTEAM FORUM ENDLAGERSUCHE – ÖFFENTLICHE SITZUNG AM 26.04.2023

Endlagersuche und Transparenz

DAGMAR DEHMER
Berlin, 26. April 2023

ENDLAGERSUCHE UND TRANSPARENZ

Veröffentlichung von
Arbeitsständen



01

WARUM MÖCHTE DIE BGE ARBEITSSTÄNDE
VERÖFFENTLICHEN?

02

WIE KÖNNTE DIE BGE ÜBER ARBEITSSTÄNDE INFORMIEREN?

03

CHANCEN UND RISIKEN DIESES VORGEHENS

04

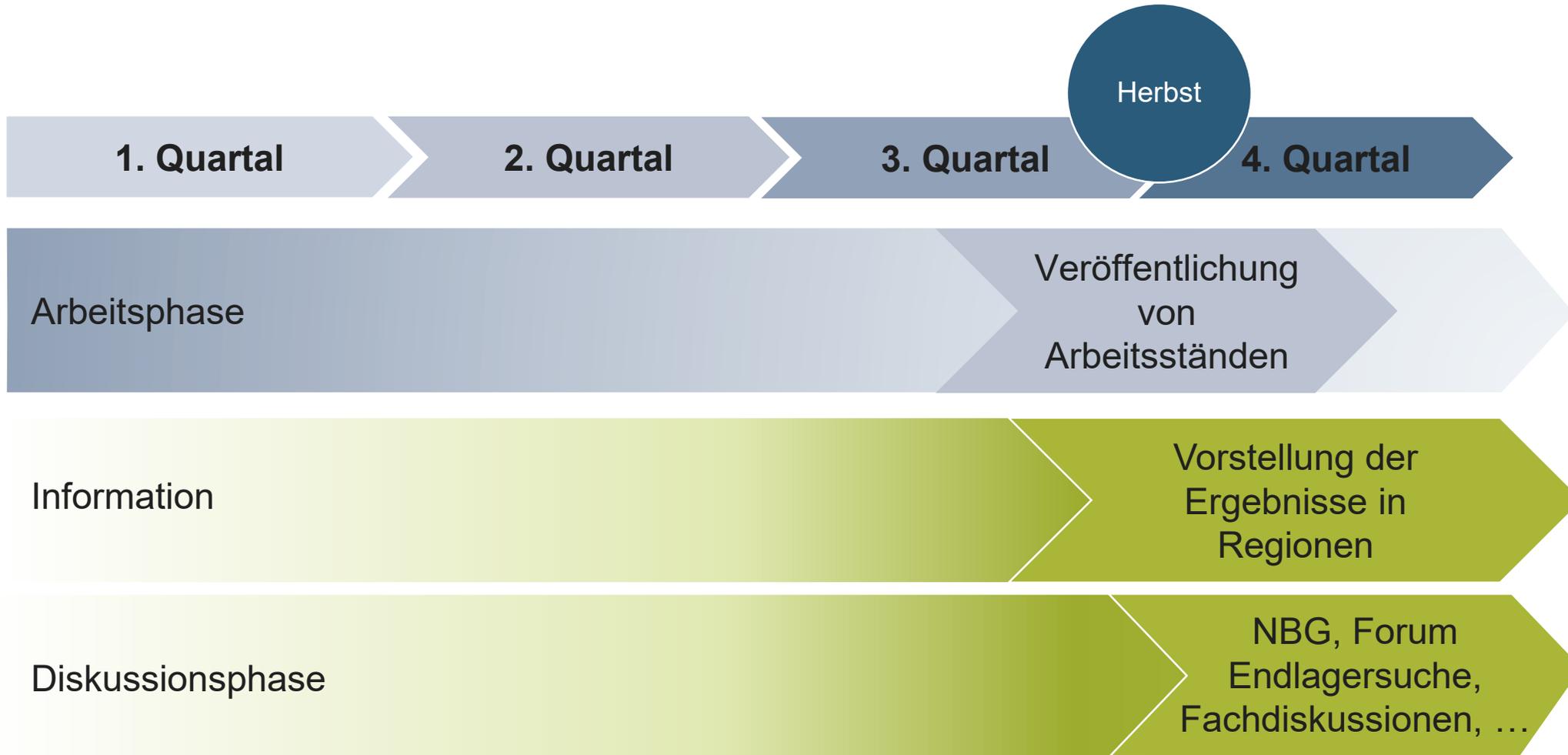
WAS HEIßT VERFAHRENSGERECHTIGKEIT?

WARUM MÖCHTE DIE BGE ARBEITSSTÄNDE VERÖFFENTLICHEN?

Die Transparenzvorgaben aus dem Standortauswahlgesetz

- „Mit dem Standortauswahlverfahren soll in einem partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren für die im Inland verursachten hochradioaktiven Abfälle ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Anlage zur Endlagerung nach § 9a Absatz 3 Satz 1 des Atomgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland ermittelt werden.“
(§ 1 Absatz 2, Satz 1 StandAG)
- „Der Vorhabenträger informiert die Öffentlichkeit über die im Rahmen des Standortauswahlverfahrens von ihm vorgenommenen Maßnahmen.“
(§ 3 Absatz 2 StandAG)
- „Zu den wesentlichen Unterlagen gehören insbesondere Gutachten, Stellungnahmen, Datensammlungen und Berichte.“
(§ 6 Satz 2 StandAG)

WIE KÖNNTE DIE BGE VON 2024 AN ÜBER ARBEITSSTÄNDE INFORMIEREN?



CHANCEN UND RISIKEN DES VORGEHENS

Chancen

- Transparenz durch kontinuierliche Mitnahme der Öffentlichkeit
- Präzise Vorbereitung der Beratungsgegenstände für alle Akteur*innen
- Planbarkeit und Fokussierung für Veranstaltungsformate
- Arbeitsstände können kritisch hinterfragt werden
- Methodische Verbesserungen sind weiterhin möglich

- Regionen bekommen frühzeitig einen Überblick über mögliche Betroffenheit
- Regionale Vorbereitung auf Regionalkonferenzen wird ermöglicht
- Regionale Kenntnisse können früh einbezogen werden

Risiken

- Umgang mit der Vorläufigkeit von Arbeitsständen
- Zu viele Informationen können den Überblick über den Gesamtprozess erschweren

- Es werden Regionen „aufgescheucht“, die am Ende nicht Standortregionen werden
- An vielen Orten kann gleichzeitig Betroffenheit oder auch Widerstand entstehen

**Jährliche Veröffentlichung von
Arbeitsständen durch die BGE**

WAS BEDEUTET VERFAHRENSGERECHTIGKEIT?

- Das gesamte Standortauswahlverfahren ist ein **gemeinsamer Lernprozess** – das gilt für die BGE bei der Endlagersuche, es gilt für das BASE in der Aufsicht und in der Beteiligung, und es gilt für das NBG beim Finden seiner Rollen im Verfahren sowie für die Zivilgesellschaft, die sich an der Endlagersuche beteiligt
- Das Forum Endlagersuche und das zugehörige Planungsteam Forum Endlagersuche können ebenso wie das NBG zu **Plattformen für den Wissenstransfer** werden, die Wissen über „Beteiligungsgenerationen“ hinweg und in die Regionen hinein tragen
- Das **Transparenzgebot** lässt eine Strategie „alle wissen gleich wenig“ nicht zu. Zudem hat sich diese Strategie beim Zwischenbericht Teilgebiete schon nicht bewährt



Quelle: BGE

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS



BASE	Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung
BGE	Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
NBG	Nationales Begleitgremium

LITERATUR

- StandAG: Standortauswahlgesetz vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist



BUNDESGESELLSCHAFT FÜR ENDLAGERUNG

DAGMAR DEHMER

Bereichsleiterin Unternehmenskommunikation

dialog@bge.de

www.bge.de

www.einblicke.de



Die Newsletter der BGE

